

Frühjahrstagung des Politischen Clubs

Schafft Ethik Wachstum?

Die weltweite Finanzkrise hat deutlich werden lassen, dass der Markt nicht sich selbst überlassen werden darf, sondern Regeln braucht und dazu eine Aufsichtsbehörde, die über die weltweite Einhaltung der Regeln wacht. Nach wie vor drohen den Banken weitere Milliardenabschreibungen. Die Angst vor einer systemischen Krise greift um sich, die unsere wirtschaftliche und soziale Ordnung erschüttern könnte. Was ist zu tun?

Erst jetzt wird klar, dass manche Finanzprodukte eine Komplexität erreicht hatten, die den Akteuren, den Rating-Agenturen und den Finanzaufsichtsbehörden nicht mehr voll bewusst sein konnten. Der Vertrauensverlust im Finanzgeschehen führte zu nicht vorstellbaren Verlusten im Finanz- und Anlagesystem.

Auf der von Bundesminister a.D. *Theo Waigel* geleiteten Frühjahrstagung des Politischen Clubs beleuchteten Verantwortliche aus Politik, Unternehmen, Gesellschaft und Kirche die notwendigen Regeln auf den Finanzmärkten als auch die Aspekte der Ethik in Wirtschaft und Unternehmen. Lesen Sie nachfolgend Auszüge aus den Vorträgen von *Josef Ackermann*, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank AG, sowie von *Andrea Nahles*, Stellvertretende Vorsitzende der SPD, und Professor *Udo Di Fabio*, Richter des Bundesverfassungsgerichts:

Josef Ackermann:

Profit und Moral – ein Zielkonflikt?

In den Nachkriegsjahrzehnten bis in die 1970er Jahre hinein war das Versprechen der Marktwirtschaft, durch freien Wettbewerb der Individuen und Unternehmen Wohlstand für alle zu schaffen, weithin anerkannt. Erfolgreiche Unternehmer genossen großes Ansehen. Mehrheitlich galt: Was gut ist für die Unternehmen im Land, ist auch gut für das Land.

Diese Zeiten sind vorbei. Obwohl Wettbewerb und freies Unternehmertum in der sechzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik unzweifelhaft für breiten Wohlstand gesorgt haben, schwindet das Vertrauen in die Wirtschaft und ihre Akteure in der Öffentlichkeit.

Erfolg am Markt reicht als Legitimation für unternehmerisches Handeln inzwischen immer weniger aus, ja wird oft kaum noch gewürdigt. Gleichzeitig wird von den Unternehmen aber weiterhin erwartet, dass sie für möglichst hohe Beschäftigung sorgen, steigende Arbeitnehmereinkommen gewährleisten, kräftig Steuern entrichten und sich als großzügige Sponsoren sozialer und kultureller Zwecke betätigen.

In der öffentlichen Debatte dominiert heute das Zerrbild nur auf kurzfristige Gewinnmaximierung fixierter, „gieriger“ Manager - vor allem in den Banken. 59 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, in der Wirtschaft generell gebe es „immer weniger Anstand und Moral“. Kurz: Einer Mehrheit der Deutschen gelten Profit und Moral inzwischen als miteinander unvereinbar. Dieser Befund ist alarmierend. Er ist geeignet, die Fundamente unserer wirtschaftlichen und politischen Ordnung zu untergraben, Marktwirtschaft und Demokratie, Wohlstand und Frieden zu gefährden.

Fehler im System

Die schwere Finanzmarktkrise, die wir derzeit erleben, lässt sich nicht als Folge von „Gier“ oder moralischem Fehlverhalten werten. Ja, es hat Gesetzesverstöße gegeben. Dies ist nicht akzeptabel und muss gebührend geahndet werden. Ja, eine Reihe von Führungskräften sind ihrer Vorbildfunktion und damit ihrer besonderen Verantwortung nicht gerecht geworden. Das ist kritikwürdig. Aber die Finanzmärkte sind nicht in Unordnung geraten, weil in der Wirtschaft die Gehälter von Führungskräften in den vergangenen Jahren stärker gestiegen sind als die Entgelte für einfachere Tätigkeiten. Sicher haben Banken die Anreizsysteme für ihre Mitarbeiter teilweise zu stark an deren kurzfristigen und zu wenig an den langfristigen Erfolg gekoppelt. Aber das ist nur ein Mosaikstein in einer Vielzahl von Ursachen für die aktuelle Krise.

Kern des Problems ist auch nicht die Verbriefung von Schulden und ihre globale Verteilung. Diese ist im Gegenteil grundsätzlich positiv zu bewerten. Denn auch hier gilt, dass viele Schultern mehr tragen können als wenige. Als Problem erwies sich vielmehr die Unkenntnis darüber, welche Marktteilnehmer in welchem Maße exponiert waren. Also der Mangel an Transparenz. Als dieser Mangel an Transparenz offenkundig wurde, verkauften die Marktteilnehmer reflexhaft alle Vermögenswerte und Schuldenpositionen, die sie auch nur irgendwie als problembehaftet betrachteten. Was als schwere, aber zunächst gleichwohl beherrschbar erscheinende regionale Erschütterung in den USA begann, entwickelte sich so zu einer Abfolge von Erdbeben mit unterschiedlichen Epizentren über das globale Finanzsystem hinweg.

Die Fehler, die die Bankenbranche gemacht hat, liegen inzwischen klar zutage: Entscheidende Faktoren, wie Kapitalausstattung, Liquiditätssteuerung und Risikomanagement passten bei manchen Instituten nicht zu dem Risikoappetit, mit dem sie an den Märkten auftraten.

Alle Akteure haben Fehler gemacht. So wurde der Boom am US-Immobilienmarkt, der die Krise auslöste, auch durch die erklärte politische Absicht verschiedener US-Administrationen [Clinton, Bush] nach breit gestreutem Wohneigentum und durch eine expansive Geldpolitik in den USA befeuert. Schwachstellen finden sich auch im Bereich der Finanzaufsicht und der Regulierung der Finanzmärkte. Hier bestand zu lange ein Flickenteppich nationaler Ansätze und Regeln, der nicht (mehr) zu den globalen Finanzmärkten passte. Kurz: Es fehlte insgesamt weniger an der nötigen Moral als an der richtigen Rahmenordnung.

Vertrauen wieder herstellen

Zweifellos hatte das Ordnungssystem der Finanzmärkte erhebliche Schwachstellen. Diese zu beheben muss nun unser aller Ziel sein. Die Architektur des globalen Finanzsystems muss deutlich verbessert werden. Banken und Bankvorstände haben hier eine besondere Verpflichtung.

Oberstes, auch moralisches Gebot, ist für mich daher heute: Politik und Wirtschaft müssen bei der Wiederherstellung des Vertrauens und der Gestaltung eines neuen Ordnungsrahmens partnerschaftlich zusammenarbeiten. Wenn der Staat dabei gezielt einzelne Finanzinstitute stützt, tut er das nicht in der Absicht, Verluste zu sozialisieren. Zweck ist vielmehr, zu verhindern, dass weitere Beben entstehen, die noch andere Institute und weitere Marktsegmente existenziell gefährden und damit Wirtschaft und allgemeinen Wohlstand zusätzlich schwächen.

Bekanntnis zu globaler Wirtschaft

Ein gefährlicher Irrweg wäre es, als Reaktion auf die Krise die Globalisierung zurückzudrängen oder gar die Marktwirtschaft außer Kraft zu setzen. Gerade Deutschland braucht offene Märkte. Unser Land erwirtschaftet fast die Hälfte des Sozialprodukts im Export, ein Viertel aller Erwerbstätigen sind hier beschäftigt.

Den wachsenden Protektionismus einzudämmen und sich zu einer globalen Wirtschaft zu bekennen sind Gebot der wirtschaftlichen Vernunft und der Moral: Freier Kapitalverkehr, Direktinvestitionen und Welthandel haben sich gerade in den knapp zwei Jahrzehnten seit dem Fall des Eisernen Vorhangs als wirksame Waffe gegen Armut, Hunger und Unterentwicklung erwiesen. So sind heute weltweit rund 450 Millionen Menschen weniger von starker Armut betroffen als 1990. Dieser Erfolg resultiert ganz überwiegend aus Fortschritten in China und anderen ostasiatischen Schwellenländern, die die Globalisierung voll angenommen haben, wohingegen die Armut in Ländern, die nicht an der Globalisierung teilnehmen, bedauerlicherweise noch größer geworden ist.

Dieser Befund zeigt eindrucksvoll, was freie Märkte leisten können. Die Marktwirtschaft hat sich als Steuerungsprinzip also keineswegs überlebt, weder für die Weltwirtschaft noch als gute Wirtschaftsordnung für Deutschland.

Markt und Wettbewerb brauchen belastbare Regeln

„Gier“ kann am Markt nur zum Tragen kommen, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Das gilt etwa, wenn der Wettbewerb eingeschränkt ist, weil es an der Offenheit der Märkte, einer geeigneten staatlichen Wettbewerbspolitik und möglichst umfassender Chancengleichheit mangelt, oder die Geldversorgung allzu großzügig bemessen ist.

Eine vom Staat geschützte faire Wettbewerbsordnung, ein stabiler Geldwert und Selbstverantwortung der Bürger auf der Basis möglichst umfassender Chancengleichheit bilden denn auch die Kernelemente von Ludwig Erhards Sozialer Marktwirtschaft.

In einer solchen Rahmenordnung stehen weder das unternehmerische Gewinnstreben noch das Renditestreben von Anlegern im Gegensatz zur Moral - ganz im Gegenteil. Über den produktiven Leistungsaustausch schaffen die Marktteilnehmer im Streben nach eigenem Nutzen mehr Wohlstand für alle.

Unternehmerische Tätigkeit zielt darauf, den Verbrauchern attraktive Produkte zu attraktiven Preisen anzubieten, das heißt Werte zu schaffen für eine möglichst große Zahl von Menschen. Dabei

spricht der Wille und die Notwendigkeit, Gewinne zu erzielen, die Unternehmen zu immer neuen Bestleistungen an. Gewinne sind ein Kernelement des Anreizsystems, mit dem die Gesellschaft entscheidet, was produziert werden soll. Und nur wer als Unternehmen bei den Gewinnen unter den Besten ist, kann auf Dauer auch bei den Produkten vorne bleiben und damit seine Zukunft sichern.

25 Prozent Rendite

Lassen Sie mich auf ein Thema eingehen, das zur Beantwortung der Frage, ob Profit und Moral miteinander vereinbare Ziele sind, für die Deutsche Bank eine große Rolle spielt. Es ist das von uns vor Jahren definierte Ziel von 25 Prozent Rendite auf das eingesetzte Eigenkapital.

Worum es uns dabei ging war, auf Augenhöhe mit den führenden Banken der Welt zu sein, die diese Rendite oft schon seit langem verdienten. Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, zu den Besten zu gehören, weil wir nur so die langfristige Existenz des Unternehmens sicherstellen können. Nur so können wir vor Übernahmen gefeit sein und vor allem vermeiden, beim Staat und bei den Steuerpflichtigen anklopfen zu müssen. Von den 25 Prozent haben schließlich nicht nur einige wenige Top-Manager profitiert, sondern viele Tausende von Mitarbeitern, Aktionären, Kunden und durch Steuern die Gesellschaft insgesamt. Hätten wir in den vergangenen Jahren nicht durchschnittlich 25 Prozent Eigenkapitalrendite erreicht, müssten wir jetzt, wie andere auch, dem Steuerzahler auf der Tasche liegen.

Ich kann daher nicht erkennen, was an einer solchen Rendite unmoralisch sein soll. Ganz im Gegenteil: Aus meiner Sicht war unser Kurs der einzig richtige, nicht nur für das Unternehmen, sondern auch für die Gesellschaft, nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern auch moralisch.

Stakeholder-Interessen

Erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit muss die Ansprüche aller relevanten Interessengruppen beachten, das heißt die Interessen der Kapitalgeber, der Kunden, der Mitarbeiter sowie des gesellschaftlichen Umfelds des Unternehmens. Die Erwartungen dieser einzelnen Stakeholder sind dabei meist gar nicht so gegensätzlich, wie es oft dargestellt wird. Alle Gruppen sind letztlich am längerfristigen Wohlergehen und Fortbestand des Unternehmens interessiert.

Gleichwohl gibt es natürlich Interessenkonflikte. Hohe Lohnsteigerungen etwa können künftige Erträge mindern - und damit grundsätzlich auch die Basis für Ertragssteuerzahlungen sowie für das soziale Engagement eines Unternehmens. Gute Unternehmensführung kann daher nicht alle Stakeholder-Interessen gleich gewichten. Kunden und Aktionäre haben Priorität.

Hinter diesen oft institutionellen Anlegern stehen im Übrigen letztlich private Anleger und Sparer, also ganz normale Bürger, die eine attraktive Rendite erwarten. Wer Renditeorientierung deshalb als "Gier" verunglimpft, verkennt, um wessen Geld es hier geht: Hinter jeder Versicherung stehen deren private Kunden; hinter jeder Kapitalanlage-Gesellschaft stehen Privatanleger als Fonds-Inhaber; hinter jedem Pensionsfonds stehen Arbeiter und Angestellte, die für ihre Rente sparen.

Die Ansprüche all dieser Anleger können nicht einfach übergangen werden. Schon deswegen ist auch die jetzt vielfach erhobene Forderung zurückzuweisen, derzeit generell keine Dividenden auszuschütten. Bleibt die Dividende aus, riskiert das Unternehmen, dass substanzorientierte Anleger ihre Aktien verkaufen - mit negativen Folgen für den Aktienkurs und die zukünftige Kapitalaufnahme.

Selbstverständlich gehören auch die Mitarbeiter zu den Stakeholdern - im Bankgeschäft noch mehr als sonstwo: Banking is people business. Kompetenz und Motivation der Mitarbeiter sind eine zentrale Grundlage des Erfolges.

Gesellschaftliche Verantwortung der Deutschen Bank

Bei der Deutschen Bank sind Personalmanagement und Personalentwicklung daher Vorstandssache. Unsere Attraktivität als Arbeitgeber, und dazu zählt nicht zuletzt auch die Möglichkeit, leistungsgerechte Boni zu zahlen, hilft uns, die besten Kräfte zu gewinnen und zu halten. Aber auch in der Personalpolitik können Unternehmen nicht gegen wirtschaftliche Erfordernisse handeln. Wenn ein Unternehmen Arbeitsplätze aufrechterhält, die absehbar keinen positiven Beitrag mehr zum Gesamtergebnis leisten, gefährdet es seine Existenz und missachtet damit seine Verantwortung gegenüber den Inhabern profitabler Arbeitsplätze und gegenüber der Gesellschaft insgesamt.

Diese gesellschaftliche Verantwortung ist nicht nur ein Lippenbekenntnis. Unternehmen operieren nicht im luftleeren Raum, sie sind Teil der Gesellschaft: Je gesünder das soziale Umfeld, desto größer ihre Erfolgschancen, je intakter die Gesellschaft, desto gesicherter auch die Existenz der Unternehmen. Schon im ureigenen, längerfristigen Interesse müssen Unternehmen daher sozial verantwortliche Unternehmensbürger sein.

In diesem Sinne sehen wir bei der Deutschen Bank gesellschaftliche Verantwortung als integralen Bestandteil unserer Arbeit - zum eigenen Wohle wie zum Wohle der Allgemeinheit. Als unsere wichtigste soziale Verantwortung betrachten wir es dabei, international wettbewerbsfähig zu sein, Gewinne zu erwirtschaften und als Unternehmen zu wachsen. Nur so schaffen wir nicht nur möglichst viel privates, sondern auch soziales Kapital als Anbieter attraktiver Produkte und Dienstleistungen, als Arbeitgeber, als Steuerzahler und nicht zuletzt als Förderer und Mäzen.

Unsere zweite Priorität als guter Unternehmensbürger sehen wir darin, Geld in sozial möglichst verantwortungsvoller Weise zu verdienen. Dafür muss soziales Verantwortungsbewusstsein nicht nur fester Bestandteil unseres Risiko- und Reputationsmanagements sein, sondern auch selbstverständlicher Teil unseres gesamten Denkens und Handelns. Corporate Social Responsibility muss fest in die Geschäftspolitik und Geschäftsprozesse integriert und bei allen geschäftlichen Entscheidungen gebührend berücksichtigt werden. Es ist für uns damit weder Opfer noch Alibi, weder Reparaturauftrag noch Ablasshandel. Wir betreiben hier nicht Wohltätigkeit mit dem Geld anderer Leute, wir tätigen Investitionen in unsere eigene Zukunft und zugleich in die der Gesellschaften, in denen wir operieren.

Die Frage „Profit und Moral: ein Zielkonflikt?“ kann ich also klar mit „Nein“ beantworten. Profit und Moral können, sie müssen aber kein Gegensatz sein. Damit sie es nicht werden, bedarf es vor allem eines wohldefinierten Ordnungsrahmens, der unmoralisches Verhalten, wenn nicht ganz verhindert, so doch entmutigt und moralisches Verhalten belohnt.

Dieser Ordnungsrahmen muss immer wieder neu gefestigt werden. Das ist die Aufgabe, ja moralische Verpflichtung, vor der wir nach den Versäumnissen der vergangenen Jahre jetzt alle gemeinsam stehen.

Andrea Nahles

Der Markt bedarf der politischen Ordnung

-

Die Krise und ihre Bewältigung

Die aktuelle Krise ist nicht das Ende des Marktes. Ich würde nie so weit gehen wie Ole von Beust, der gesagt hat, der Kapitalismus ist gescheitert. Aber der Kapitalismus ist in einer schweren Krise. Die Krise macht Maßnahmen erforderlich, die in einem funktionierenden Markt nicht nötig wären: Staatliche Rettungspakete, große Bürgschaften, staatliche Kredite, wenn es sein muss auch Verstaatlichungen.

Aber bei allen jetzt nötigen Maßnahmen muss eins klar sein: Das ist Krisenmanagement, hier wird kein Anlauf auf eine neue Staatswirtschaft unternommen. Was wir brauchen ist ein neuer verantwortlicher Kapitalismus.

Der Markt hat sich historisch bewährt. Allerdings ist der Markt dann am besten für die Menschen, wenn er Regeln hat. Dann haben Viele Anteil an den geschaffenen Werten – und das ist gerecht, da Viele am Schaffen der Werte Anteil haben. Am Ende der Krise muss eine neue Ordnung stehen, die diesen Grundsatz in den Mittelpunkt stellt. Ich sehe dabei keinen neuen Sozialismus heraufziehen und kenne nur wenige Versprengte, die sich so etwas wünschen. Ich sehe am Ende der Krise einen neuen Kapitalismus, der durch Verantwortung für wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit geprägt ist.

Der Markt bedarf der politischen Ordnung

Nur geordnete Märkte ermöglichen ethisches Wachstum. Wachstum, das der Umwelt nicht irreparablen Schaden zufügt. Dazu braucht es Regeln, die schlimmste Umweltschädigungen verbieten.

Es bedarf aber auch der Marktanreize, die umweltfreundliche Produktion und Produkte attraktiv machen. Auch solche Anreize gehören zu dem Unterfangen, dem Markt eine politische Ordnung zu geben.

Das Ziel der „Guten Arbeit“ bleibt für die Sozialdemokratie zentral. Das erreichen wir aber nicht unter der Peitsche von 25 Prozent Rendite. Josef Ackermann kann es ja nicht lassen, weiter Öl ins Feuer zu gießen. Er erklärt, dass 25 Prozent Rendite für ihn weiterhin das Ziel ist.

Und es gibt Geier, die auch jetzt noch - mitten in der Krise - gut verdienen, indem sie Kredite billig aufkaufen und Unternehmen die Fälligkeiten aufdrücken. Damit zwingen sie die Firmen, die wegen der Krise ohnehin in einer schwierigen Lage sind, in die Knie.

Das ist für mich ein eklatantes Beispiel, warum ich mich nicht allein auf das Verantwortungsbewusstsein von Unternehmern und Managern verlassen will. Nicht weil die Mehrheit so denkt wie Herr Ackermann oder diese Geier. Aber weil wenige, die so denken, ausreichen um einen Flächenbrand zu entfachen.

Weitere Brände verhindern

Deshalb brauchen wir nach der akuten Krisenbewältigung eine politische Ordnung auf den Finanzmärkten, die die Gefahr solcher Brände begrenzt. Brände verhindern wir mit Rauchmeldern: Mit einer europäischen Finanzaufsicht. Und mit einem konsequenten Vorgehen gegen Steueroasen, damit wir Informationen bekommen, was dort mit Geld aus Deutschland geschieht.

Und wir brauchen Brandschutztüren: Das sind für mich die Eigenkapitalvorschriften für die Banken. Wenn das Eigenkapital einer Bank unter eine bestimmte Schwelle sinkt, muss die Tür zugehen und sie darf bestimmte riskante Geschäfte nicht mehr machen, bis sie wieder eine ordentliche Kapitalausstattung hat.

Aber technisch Vorkehrungen allein reichen nicht. Um Brände wirkungsvoll verhindern zu können, braucht es Brandschutzbeauftragte: Das sind für mich die Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten. Die treten dafür ein, dass Unternehmen langfristig Erfolg haben und Arbeitsplätze schaffen und nicht nur auf das nächste Quartalsergebnis und die hohe Rendite schauen.

Wir brauchen nicht weniger Mitbestimmung, sondern mehr. Und jeder verantwortungsvolle Unternehmer und Manager hat das doch in den letzten Jahren gelernt: Bei dem Versuch eine langfristige Unternehmensstrategie durchzusetzen, sind die Betriebsräte seine Verbündeten, nicht die der Finanzinvestor in seinem Unternehmen.

Verzahnung internationaler Regeln

Wir brauchen eine Wirtschaftsordnung, die nachhaltig ist und ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Menschen. Die aber auch keine wolkige sozialromantische Vision ist, sondern besteht im rauen Wind der Globalisierung. Es gibt auch weiterhin keine Aussicht auf die Rückkehr in die 70er Jahre per Parteitagbeschluss. Es gibt kein Versprechen, dass der Wettbewerb weniger hart wird.

Aber wir können und müssen dem Wettbewerb Regeln geben. Auch auf der internationalen Ebene muss das Primat der Politik wieder gelten. Mit Regeln für die Finanzmärkte und die globalisierte Produktion. Dazu müssen Regeln auf globaler, europäischer und nationaler Ebene ineinander greifen. Dies zu verwirklichen ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie wird nur gemeinsam mit Partnern in anderen Ländern zu erreichen sein. Und sie darf nicht von egoistischen Versuchen geprägt sein, allein Vorteile für die eigene Volkswirtschaft zu erlangen.

Deutschland hat eine große Chance – sein Modell von hoher Produktivität durch gut ausgebildete Fachkräfte, hohe soziale Standards und einer hohen Sensibilität für die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen hat Zukunft. Dieses Modell ist wirtschaftlich vernünftig und ethisch tragfähig. Wenn ich mich also frage „Schafft Ethik Wachstum?“, sage ich „Ja, wenn der Markt eine ethisch begründete politische Ordnung hat.“

Udo Di Fabio

Die Werte der Wirtschaft und der Wert des Staates

I. Die Einheit der Werte und der Wert funktionaler Autonomie

Wenn es um die Werte der Wirtschaft geht, denken Anleger an Substanzwerte, Devisenhändler an Kurswerte, Steuerberater an Buchwerte und Kirchentage an Moral. Kommt es zu Krisen, ergeht umgehend die Empfehlung, sich auf die wahren Werte zu besinnen, die man zuvor verkannt habe. Die moralische Anklage gegen die Geldwirtschaft ist so alt wie diese Wirtschaftsform, aber bei einer Weltfinanzkrise muss mit besonderen Nachfragen nach der Wertebindung der Finanzmarktakteure gerechnet werden. Der Begriff des Wertes hat eine genuin wirtschaftliche Bedeutung, denn er steht für den Nutzen, auch für die rationale Abschätzung von Nutzen im Vergleich, also für die Bewertung von Tauschverhältnissen, für die Bildung von Preisen. In der Ethik ist die Sache komplizierter. Hier geht es um sittlich gebotenes Handeln, abgeleitet aus grundlegenden normativen Prinzipien, als System entfaltet, universell, vollständig. Es geht um die Frage der Möglichkeit absoluter Werte und einer Rangordnung von Werten untereinander. Das Recht als ebenfalls normatives Aussagesystem ist hier nicht unähnlich, Grundrechte oder Menschenrechte werden als Wertordnung verstanden und die Würde des Menschen wie ein absoluter Wert behandelt.

Wenn in öffentlicher Debatte über Werte geredet wird, zielt das regelmäßig auf den ethischen Diskurs, mit normativen Zumutungen für Stammzellforscher, die Hersteller von „Genfood“ oder für Bankvorstände. Sie alle sollen sich anständig verhalten, die Schöpfung, die natürlichen Lebensgrundlagen beachten, sich nicht als zu gierig und skrupellos erweisen, schon gar nicht wenn sie das Geld anderer Leute verzockt haben. Dahinter steht natürlich auch die Hoffnung, über Ethik das Ganze, so zu sagen den tieferen Sinn und die Haltepunkte einer hyperkomplexen, hoch spezialisierten Gesellschaft zu fassen. Es muss doch einen Punkt geben, an dem die soziale Welt sich verstehen und hin zum Guten steuern lässt.

Der Wert des Staates liegt nicht darin, Wirtschaft und Gesellschaft solche Werte vorzugeben, die

ihnen fremd sind, die ihre Autonomie deformieren. Man kann aufs Ganze gesehen, der Wirtschaft oder der Wissenschaft weder aus dem öffentlichen Diskurs noch über das staatlich gesetzte Recht Werte als eigene und strategisch auf Dauer wirkende Orientierungen vorgeben, denn die Moral der Öffentlichkeit stammt häufig aus einer anderen Welt, aus der praktischen Anschauung und normativen Überzeugung unmittelbarer Gemeinschaften von Menschen, die im Kern nicht ökonomisiert, nicht politisiert und nicht verwissenschaftlicht sind. Politisch verhandelt und alltagskulturell geerdete Werte bleiben insofern immer ein Stück Erlebnisumwelt für die Wirtschaft, Ereignisse also, auf die man dann irgendwie wirtschaftlich zweckrational zu reagieren hat.

Das politische System der modernen Gesellschaft hat die Aufgabe, die Freiheit zu sichern. Das geschieht in drei Schritten:

Erstens muss die Politik gewährleisten, dass die moderne Sozialordnung mit autonomen Teilspären des Marktes mit Wettbewerb, Eigentumsschutz und Freizügigkeit, die Freiheit der Wissenschaft, die Glaubensfreiheit des Einzelnen, öffentliche Räume der Meinungsfreiheit erhalten bleiben, damit personale Freiheit in diesem Rahmen weiter möglich ist. Insofern ist die Politik, ist der Staat ein Diener der großen Institutionen der Gesellschaft, als solcher wirken Politiker nicht zufällig wie Getriebene, wenn eine solche Teilordnung gestört ist und richten ihre Anstrengungen darauf, zu reparieren und eine Ordnung der Freiheit wieder gangbar zu machen.

Zweitens darf die demokratische Politik aber durchaus auch gemeinsame Ziele der Gestaltung und des Zusammenhalts festlegen – Sozial-, Umwelt, Integrationspolitik – und dann die Wirtschaft oder die Wissenschaft in gewisser Weise zu Getriebenen diesmal der politischen Vorstellungen zu machen. Dass dies nicht zu weit geht, also nicht die Autonomie sozialer Systemzusammenhänge deformiert, dafür stehen die Grundrechte und die Menschenrechte.

Drittens schließlich hat der Staat einen schwierigen Auftrag, die Kultur der Freiheit und die Reproduktion freiheitsgerechter Werte zu fördern, damit Menschen als Akteure die technische und moralische Kompetenz mitbringen, die Zukunft zu gestalten: Also Förderung von Familien, Vereinigungen, freiheitsförderliche Religionsgemeinschaften, Erziehung, Sprache, Bildung, öffentliche Ordnung. Die staatliche Gemeinschaft muss die außerstaatlichen Gemeinschaften pflegen, in denen die Leitwerte der freien Gesellschaft, Selbstverantwortung, Bildung, Verantwortung für andere gelehrt werden.

Die Gesellschaft ist heute zwar Weltgesellschaft, aber es gibt in ihr fortbestehende nationale und kontinentale Gemeinschaften. Es gibt eine große Debatte über universelle Werte und partikulare Lebenswelten mit ihren Modifikationen. Die Wirtschaft sichert ihren Leitwert der Rentabilität mit Rechtssubjektivität, Vertragsfreiheit, faire Produktions- und Handelsbedingungen. Der Kernbestand dessen ist universell, wird von allen Regionen der Welt grundsätzlich anerkannt. Die Weltgesellschaft als ein friedlicher und freiheitlicher Raum mit der Chance auf Wohlstand für alle wird nur funktionieren, wenn man die Eigenständigkeit des Marktes auch dadurch gewährleistet, dass bürgerlich-verantwortliches Handeln von der Rechtsordnung und dem Anreizsystem mehr prämiert wird als hemmungslose Bereicherung, Finanzakrobatik und die öffentliche Gier nach schnellen, bequemen Erfolgen.

Bürgerliche Werte, wie überschaubare Ordnungen, klare Vertragsinhalte und voraussehbare Haftungszurechnungen, Aufsicht über neuralgische Angelpunkte der globalisierten Wirtschaft tun not. Es gibt in der bürgerlichen Lebenswelt jene Werte, die sowohl die Komplexität und Offenheit der modernen Gesellschaft als auch das personale Ethos des freien und verantwortlichen Menschen

zusammenführen und zusammenhalten. Man muss diese Werte nur „leben“, die sie tragende Alltagskultur pflegen und von diesem sicheren Fundament aus, die partikularen Werteeinstellungen der Wirtschaft im Prinzip akzeptieren, sie durchaus fördern, aber ihnen eben mit anderen Gemeinschaftswerten auch eine klare Grenze ziehen.